Katholiken und Muslime verurteilen Gewalt im Namen von Religion

27. Mai 2016

Leipzig (KNA) Eine klare Absage an jegliche Gewalt im Namen von Religion haben prominente Katholiken und Muslime in Deutschland formuliert. „Gott zur Rechtfertigung von Tötungen und Gewalttaten in Anspruch zu nehmen, ist Gotteslästerung“, heißt es in einer Erklärung, die am Dienstag in Leipzig auf der Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vorgestellt wurde. Heilige Kriege gebe es nicht. „Ziel Gottes ist der gerechte Friede.“ Daran müsse sich menschliches Handeln ausrichten. „Als Christen und Muslime verurteilen wir jedweden Fundamentalismus, Radikalismus, Fanatismus und Terrorismus, seien sie religiös oder anders begründet“, so die Autoren der Erklärung. Derzeit würden Christentum und Islam durch fundamentalistische Einzelne und Gruppen pervertiert. Das könne vor allem dort geschehen, „wo Religionsgemeinschaften ein straff hierarchisch-autoritäres System entwickeln, der allgemeine Bildungsstand niedrig und die ‚Hörigkeit‘ gegenüber Anführern aller Art hoch ist, sowie mündige und kritische Reflexion unterdrückt oder gar nicht erst entwickelt wird.“ Erarbeitet wurde die Erklärung vom Gesprächskreis Christen und Muslime im ZdK. Zu den Mitgliedern gehören unter anderen der Ditib-Sprecher Bekir Alboga und die Religionswissenschaftlerin Hamideh Mohagheghi. Das ZdK ist das höchste Gremium der katholischen Laien in Deutschland. In dem mehrseitigen Papier wird betont, Bibel und Koran wollten die Menschen zu Gerechtigkeit und Frieden führen. Dies gelte es, durch eine „kritische Reflexion“ auch jener Quellen herauszuarbeiten, die losgelöst von ihrem Kontext und geschichtlichen Entstehungsumfeld vermeintlich Gewalt legitimierten. Eine „Steinbruchexegese“, die das Gegenteil propagiere, werde weder Bibel noch Koran gerecht. Weiter fordern die Autoren Religionsfreiheit und freie Glaubensausübung. „Dies schließt ein, gegen die Verfolgung und Benachteiligung von Christen, die derzeit vor allem in zahlreichen mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern geschieht, genauso wie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Muslimen in Europa zu protestieren.“ Es sei „brandgefährlich“, wenn Islamfeindlichkeit alltäglich werde. „Sie ist ebenso unchristlich wie Judenfeindlichkeit.“ Dem müsse man Aufklärung und Begegnungen entgegensetzen.

(KNA – qkpml-89-00081)

Stand: 17. November 2026